

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32425 + Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 4692 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—M.

Nummer 26

Düsseldorf, den 27. Juni 1925.

Jahrgang 1925

Unsere Bewegung und der Staat.

Von der seelischen Einstellung im Gemeinschaftsleben.

Der christliche Staatsgedanke ist von tiefem sittlichen Gehalt. Der christliche Gemeinschaftsgedanke leitet aus den sittlichen Normen keine bestimmte Staatsform ab. Unerkennbar ist aber das Ziel allen staatlichen Gemeinschaftslebens: **Perfektionierung der Einzelpersönlichkeit und der gesamten Volkswirtschaft.**

Alle Gebiete staatlichen Lebens und Handelns haben im Dienste dieses letzten Zieles zu stehen. Wenn gesagt ist, daß die christliche Staatsidee die verschiedensten Staatsformen zuläßt, so liegen aber in ihrem Wesen doch gewisse Begrenzungen. Ein absoluter Staat, der die Untertanen nur als Mittel zu Machtzwecken der Herrschenden sieht, ist im Rahmen der christlichen Soziallehre undenkbar. Jede staatliche Einrichtung hat Halt zu machen vor der sittlich-geistigen Person, sei es die Einzelperson oder sei es die „Gesamtperson“ einer Gemeinschaft.

Zu den Forderungen des christlichen Staatsgedankens gehört ein nationaler Staat. Wir haben den tiefsten Sinn des Wortes „national“ in unserer Kulturauffassung niedergelegt. Wenn wir ihn auch hier noch einmal ausprechen, so bedeutet es, daß wir den Staat als die Einrichtung ansehen, die uns die Verwirklichung der christlichen Kultur so möglich machen soll. Der Staat soll die Machtmittel in der Hand haben, die nötig sind, die materiellen Unterlagen und Möglichkeiten zu schaffen und zu erhalten, im Rahmen der großen Völkergemeinschaft eine Kultur eigener Fassung, eigener nationaler Prägung zu entfalten. In diesem Sinne soll und muß der Staat seine Machtmittel gebrauchen, sowohl nach außen gegenüber den anderen Völkern, wie auch nach innen, gegenüber Strömungen, die eine wahre Ausgestaltung geistigen Volkslebens hemmen. Wir bedürfen dieser Machtmittel und brauchen ihre Anwendung im Dienste unserer äußeren und inneren Kulturentwicklung, solange sich diese christliche Auffassung von der Eigendrechtmittel kulturellen Volkslebens und der Notwendigkeit einer ausreichenden materiellen Grundlage nicht durchgesetzt hat. Sie ist fern von jeder mechanischen Machtstellung, die dem äußerlich Mächtigen alles, dem äußerlich Schwachen nichts gibt.

Die christliche Gemeinschaftsauffassung kennt keine Rechtfertigung des Machtkampfes von Volk gegen Volk, aber sie kennt das Feuer eines heiligen Kampfes gegen den blinden Machttrieb anderer, dann, wenn ein Volk alle Niederungen der Demütigung durchschritten hat, und, wenn blinder Machtbrauch trotzdem nicht aufhört, Geist und Seele eines ganzen Volkes in den Staub zu treten.

Der Staat braucht Machtmittel nach innen. Die Notwendigkeit dazu liegt in der Unzulänglichkeit der Menschen. Das Beieinandersein von Gut und Böse im einzelnen Menschen wie in der Menschengemeinschaft, läßt mit der wechselnden Bestimmung der einzelnen und der Gruppen rechnen. Strömungen entstehen, die dem Kulturleben des eigenen Volkes gefährlich werden. Wir können diese Aufgabe überhaupt nur so sehen, daß er sich einsetzt für die Durchführung der sittlichen Normen der Gesellschaft. Seine Aufgabe wäre, vor allem gerade jetzt für die Verwirklichung der Wirtschaft einzutreten. Er kann es nicht, weil ihm die notwendige Macht fehlt. Der Staat, wie wir ihn sehen, braucht Machtmittel nach außen und nach innen, er braucht sie aber nur im Dienste der sittlichen Idee.

Wir wollen auf Grund unserer christlichen Weltanschauung einen demokratischen Staat, und zwar einen christlich-demokratischen Staat. Das Wesen der christlichen Demokratie ist Verantwortung, ist Besorgnis aller um den Staat. Wenn wir also die Beteiligung aller am Staatsleben fordern, dann fordern wir sie nicht, weil wir das Herrschen der Masse wollen, sondern wir fordern sie, weil wir die Masse auflösen wollen in Glieder einer Gemeinschaft, die nicht der Zufall zusammengewürfelt hat, sondern die eine lebendige Volksgemeinschaft bilden, getragen von der Verantwortung für diese Gemeinschaft.

Im Rahmen der christlichen Gemeinschaftsidee liegt ferner die Forderung eines sozialen Staates. Die menschliche Unzulänglichkeit wird immer eine gewisse Gegenfähigkeit der einzelnen Gruppen innerhalb des Staates bedingen. Immer, auch bei den vollkommensten Wirtschafts- und Gesellschaftsstellungen, werden Kampfmomente aus den verschiedensten Interessengruppen heraus wachsen. Der soziale Staat hat die Aufgabe, immer wieder die höchstmögliche Harmonie zwischen diesen Gruppen herzustellen. Der soziale Staat muß über den Interessen der einzelnen stehen. Er hat aber durch seine sozial ausgleichende Gesetzgebung den Interessen der einzelnen gerecht zu werden.

Dieser Staat, wie wir ihn sehen, ist nur möglich, wenn die einzelnen Glieder und Gruppen getragen sind von einer positiven Staatsgewinnung. Sie ist nichts anderes als der alles verbindende Strom der christlichen Gemeinschaftsgewinnung, der Liebe, der Volksgenossen untereinander, der Verantwortung für den einzelnen und für das ganze Staatswesen, und der Opferfähigkeit der einzelnen und der verschiedenen Gruppen im Staat. Die Kraft dieses Stromes hängt davon ab, wie weit ein Volk überhaupt noch Gefühlsmerkmale merkt. Nicht geistige Erkenntnisse staatlicher Notwendigkeiten sind hier das Entscheidende. Das Entscheidende ist die seelische Einstellung im Gemeinschaftsleben.

Sturmzeichen drohender Lohn- u. Arbeitskämpfe in der deutschen Textilindustrie.

In den beiden zuletzt erschienenen Nummern unserer Verbandszeitung wurde an dieser Stelle der vollständige Inhalt von zwei überaus wichtigen Eingaben veröffentlicht. Die erste dieser Eingaben war von den linksrheinischen Textilarbeiter-Verbänden an die Regierung und an eine Reihe einflussreicher Persönlichkeiten gerichtet. Der Zweck dieser Eingabe war, die Öffentlichkeit und vor allem die Reichsregierung auf die Folgen hinzuweisen, die nach Ansicht der Arbeitgeber eintreten müssen, wenn nicht auf der ganzen Linie mit der Erhöhung der Löhne und der Gehälter sofort und ganz entschieden Schutz gemacht wird. In der Eingabe unseres Verbandsvorstandes ist die Begründung der Arbeitgeber wirkungsvoll bestritten worden. Die vollständige Wiedergabe des Wortlautes der beiden Urkunden hat gezeigt, daß sich infolge der Haltung der Arbeitgeber die Lage für die Arbeiterchaft der Textilindustrie immer mehr zuspitzt. In der Tat steht die Arbeiterschaft vor Bewegungen, die einen viel ernsteren Charakter tragen, als wie das durch Veröffentlichung des geheimen Rundschreibens der rheinischen Textilindustriellen zum Ausdruck gekommen ist.

Die Aktion der Textilindustriellen gegen berechnete Forderungen der Arbeiterschaft auf Erhöhung ihrer Löhne ist juristisch auf eine von der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ beschlossene einheitliche Stellungnahme. Das tritt immer deutlicher in Erscheinung. Alle der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ angeschlossenen Arbeitgeber-Verbände versuchen durch Eingaben, durch Bearbeitung der Presse und durch geschickte Einwirkung auf alle maßgeblichen Stellen den Nachweis zu erbringen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft nicht mehr instande sei, eine weitere Aufbesserung der Arbeitslöhne zu tragen.

Die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ hatte unlängst ihren großen Ausschuß und daran anschließend ihre Mitglieder zu einer Tagung berufen. In dieser wurde zu der Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere zu den schwebenden Lohn- und Arbeitszeitfragen Stellung genommen. Der große Ausschuß hat seine Entschließung der Öffentlichkeit in einer Rundgebung bekannt gemacht, in der er die Arbeitslosigkeit, die Passivität der Handelsbilanz, den hohen Zahlungsmittelumsatz, der jetzt schon mit 4,4 Milliarden Reichsmark über der durch Produktion und Umsatz bedingten Grenzlinie liege, als überaus ungünstig bezeichnet und in der er mit Bezug auf diese Ungunst der Wirtschaftslage vor einer weiteren Lohnerhöhung warnt.

„Die Deutsche Arbeitgeberchaft“, so heißt es in der Rundgebung, „macht daher die gesamte Öffentlichkeit, die verantwortlichen Kreise der Gewerkschaften und die Reichsregierung auf die ersten Folgen aufmerksam, die nach ihrer Ansicht eintreten müssen, wenn das bisherige System staatlichen Lohnzwanges und eines ununterbrochenen Hinausschraubens der Löhne trotz der fehlenden Wirtschaftsvoraussetzungen beibehalten wird.“

Auch die Mitglieder-Versammlung der Vereinigung hat sich dahin ausgesprochen, daß

„die zur Hebung der Lebenshaltung erforderliche Hebung der Inlandskaufkraft nicht durch Erhöhung des Minimallohnes bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, sondern nur durch sorgfältigste Rationalisation, Sparmaßnahmen im Verbrauch, durch Verbilligung der Produktion und Bildung neuen Betriebs- und Sparkapitals gewährleistet werden kann.“

Wesentliche Gedankengänge verfolgt die Eingabe, die die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ an den Reichskanzler Dr. Lütger gerichtet hat.

Der allgemeine Vorstoß der Arbeitgeber gegen die Lohnforderungen der Arbeiter nahm seinen Ausgang von den Rundgebungen und Eingaben der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“. So erklärt es sich, daß die Gründe, die von den einzelnen Arbeitgeber-Verbänden als Beweis für die Unmöglichkeit einer Aufbesserung der Löhne ins Feld geführt werden, im Grunde genommen genau jene sind, die zuerst von der Spitzenorganisation der Arbeitgeber-Verbände aufgestellt wurden. Dadurch wird die Gesamtlage wesentlich einfacher und übersichtlicher. Ein näheres Eingehen auf die „Begründungen“ der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ bedeutet gleichzeitig ein Eingehen auf die von den Arbeitgeber-Verbänden der Textilindustrie hervorgekehrten Gesichtspunkte.

In der Berliner Volkszeitung, Nr. 270, vom 10. Juni 1925, beirätet Dr. Bruno Raueder in einem mit „Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitserfolg“ überschriebenen Artikel mit allem Nachdruck die Begründungen, womit die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände“ die Richtigkeit ihrer Thesen zu beweisen versucht, wonach nicht durch Lohnerhöhungen und durch eine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern durch konsumpolitische Maßnahmen der Sparsamkeit und durch produktionspolitische Maßnahmen der Bildung eines neuen Betriebs- und Sparvermögens und durch die Steigerung der Leistungsergebnisse allein die Hebung der Lebenshaltung erfolgen könne.

„Diese Feststellungen und Forderungen“, so schreibt Dr. Raueder, „sind ebenso schädlich wie falsch. Schädlich sind sie, weil sie die sozialen Spannungen in einem Augenblicke

verschärfen, in dem die Ueberbrückung der berufsständischen Gegensätze gerade aus jenen produktionspolitischen Gründen eine Notwendigkeit ist. So wenig die Aktivierung der Handelsbilanz und damit die Sicherung unserer Währung ohne vermehrten Export und so wenig vermehrter Export ohne Produktionssteigerung und -verbilligung möglich ist, so wenig ist die Produktionssteigerung ihrerseits durchführbar, ohne den gesteigerten Arbeitswillen der in ihr tätigen Arbeitnehmer. Auch wird niemand, der die Verhältnisse in den Betrieben kennt, glauben, daß nach der allmählichen Wiederauffüllung der Gewerkschaften im Jahre 1924 und ihrer erneuten Erstarkung an Mitglieder- und Kampfkraft die gebotene Leistungssteigerung in den Betrieben durch ein Diktat von der Seite der Arbeitgeber heute mit gleicher Leichtigkeit erzwingen werden könnte, wie das im Herbst und Winter 1923 auf 1924 noch möglich war. Ohne das weitgehendste Entgegenkommen in den Hauptpunkten der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes ist — man möge sich darauf verlassen — jener Leistungswille in der Arbeiterschaft nach den qualvollen Entbehrungen und Bedrückungen, die ihr die Jahre 1923 und 1924 gebracht haben, aus physischen wie namentlich aus psychologischen Gründen heute nicht mehr zu erreichen.“

Falsch aber sind die Feststellungen der Arbeitgeber meist die wirtschaftlichen Tatsachen in ihr Gegenteil verziehen. Es ist nicht einfach nicht, wenn der „große Ausschuß“ behauptet, der Zahlungsmittelumsatz sei mit 4,4 Milliarden Mark zu hoch. Richtig ist vielmehr, daß die Reichsbank in den letzten Monaten eine höchst erfreuliche Aktivpolitik entwickeln konnte. Der Reichsbankausweis vom 15. Mai berichtet über einen Goldbestand von 1015 Milliarden Goldmark und einen Bestand an deckungsfähigen Devisen von 338,3 Millionen Goldmark. Dies bedeutet ein Deckungsverhältnis für die umlaufenden 2269 Milliarden Reichsbanknoten von 59,6 Prozent. Am 15. November betrug das Deckungsverhältnis erst 56,7 Prozent. Die an sich bedauerliche Passivität der deutschen Handelsbilanz bildet sonach für die Stabilität unserer Währung vorerst keine Gefahr.“

Der Forderung der Arbeitgeber nach Bildung eines neuen Betriebs- und Sparkapitals schließt sich der Verfasser an, ohne aber zu der Schlussfolgerung der Arbeitgeber zu gelangen, daß die Neubildung des deutschen Volkervermögens nur auf dem Wege der Einschränkung der Löhne und Gehälter und einer Verlängerung des Arbeitstages durchführbar sei. Die größte Beachtung verdient, was der Verfasser über die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Schädlichkeit einer Niedrighaltung des Arbeitsentgeltes auch im Hinblick auf die Neubildung von Betriebsvermögen anzuführen weiß:

„Es soll zugegeben werden, daß die Neubildung der Betriebsvermögen im vergangenen Jahre nur durch die Niedrighaltung des Arbeitsentgeltes durchführbar war. Die rund 2,2 Milliarden Goldmark ausländischer Anleihen bedeuten für die völlig zermürbte deutsche Wirtschaft in der Tat nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Ohne den „Entbehrungsfaktor“ in der Entlohnung der Arbeiter, Angestellten und Beamten wäre der Betriebsmittelfonds der Wirtschaft sobald nicht wieder aufgefüllt worden. Nun aber ist dieser Betriebsmittelfonds, wie an zahlreichen Ausweisen der Aktien- und anderen Gesellschaften nachweisbar ist, wieder aufgefüllt, der Entbehrungsfaktor der Arbeitnehmer ist kapitalpolitisch überflüssig, volkswirtschaftlich und sozialpolitisch aber schädlich geworden. Denn nur eine über den notwendigen Lebensbedarf hinausgehende Entlohnung verbürgt vor allem jene notwendige Neubildung an Sparkapital. Von 25 Milliarden liquiden deutschen Volkervermögens vor dem Kriege lagen 192 Milliarden bei den Sparkassen, den Banken des „kleinen Mannes“, des Handwerkers, der Arbeiter und Angestellten. Heute liegen in diesen Sparkassen noch nicht 2,5 Milliarden, sonach noch nicht der achte Teil der Einlagen aus der Vorkriegszeit. Wenn auch die Arbeiterschaft naturgemäß nach einer Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter zunächst die lebensnotwendigsten Bedürfnisse befriedigt hat, zu deren Eindeckung sie in den vergangenen Jahren (Ergänzung der Kleidung, Wäsche, Einrichtungsgegenstände usw.) nicht gekommen ist, so wurde doch die Sparsamkeit nach einer nachmaligen Aufbesserung des Arbeitsentgeltes zweifellos wieder einsehen und ihre Früchte tragen können. Aus dem deutschen Volkervermögen der Vorkriegszeit floß der deutschen Volkswirtschaft ein Betrag von jährlich rund 100 Millionen Goldmark an Zinsverträgen zu. Heute hat Deutschland für seine Auslandsdarlehen (Darlehensanleihe und Privatdarlehen) allein rund 30 Millionen Goldmark zu zahlen. Will es sich aus diesen Verpflichtungen, die seine Zahlungsbilanz schwer belasten, lösen, so muß es der Masse der keinen Sparer die Möglichkeit geben aus Gehalt und Lohn Sparkapitalien zu akkumulieren (anzusammeln), die groß genug sind, um den Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft voll befriedigen zu können.“

Die Zusammenhänge, die zwischen der Sanierung unserer Wirtschaft, zwischen der Aktivierung unserer Handels- und Zahlungsbilanz, der Stabilisierung unserer Währung, der Steigerung der Produktivität usw. auf der einen und der Arbeitszeit und der Entlohnung andererseits bestehen, sind somit klar. Nur wer sie sachlich und ohne Vorurteil würdigt, wird den Beforderungen der deutschen Wirtschaft die Gegenwart in produktions- und sozialpolitischer Hinsicht

gleichen Maße gerecht werden können und damit der Allgemeinheit ein Vorbild unserer Väter.

Ob die Arbeitgeber, vor allem auch jene in der Textilindustrie, diesen Erkenntnissen eines Nicht-Gewerkschaftsführers Beachtung schenken und demgemäß auch ihre Haltung gegenüber den sozialen Forderungen ändern? Das kann wohl mit Recht bezweifelt werden. Es mag wohl manche einsichtsvolle Vertreter auch im Lager der deutschen Textilindustriellen geben, die auch dem Arbeiter einen gerechten Anteil an dem Ertrage der Produktion zukommen lassen möchten.

Die noch sozial empfindenden Arbeitgeber — mag ihre Zahl auch noch so verschwindend gering sein — können nur unter erschwerten Umständen ihrer besseren Einsicht folgen. In selbst einzeln noch in etwa fortschrittlichen Arbeitgeberverbänden sind in Bezug auf Bewilligung von Arbeiterforderungen heute vielfach die Hände gebunden.

Ueberhaupt muß den Leitungen der Arbeitgeber-Verbände das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie ihr Handwerk ausgeübt und verstanden. Es liegt ihrer Arbeit meist ein sehr ungeschicktes und für die Arbeiter schmerzhaftes System vor, das aber den Gewerkschaften nicht zugänglich gemacht wurde.

Die Leistung unseres Verbandes hat heute auch genügend Beweise dafür in der Hand, daß nicht nur die linksrheinischen Textilarbeitgeber an Behörden, Regierungs- und Schlichtungsstellen geheime und vertrauliche Eingaben und Rundschreiben gerichtet haben.

darüber befehlen, daß es allerhöchste Zeit geworden ist, daß sie ihre gewerkschaftlichen Organisationen nach innen und nach außen stärkt. Die Pläne der Scharfmacher im Lager der Textilindustriellen können nur durch starke und leistungsfähige Gewerkschaften der Arbeiter vereitelt werden.

Lohnbewegungen in der Textilindustrie.

Der Skandal des Schlichters von Köln.

Durch Schiedspruch wurde den Textilarbeitern in Südbayern eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugesprochen. Der bayerische Minister für soziale Fürsorge in München hat trotz aller Proteste der Arbeitgeber die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen, weil die Arbeiter bei den sehr niedrigen Löhnen keine Existenzmöglichkeit hatte.

Für die nordbayerische Textilindustrie fällte der Landesschllichter für Bayern-Nord einen Schiedspruch, wonach sich mit Wirkung ab 31. 5. 1925 die seit 18. 1. 1925 gültigen Normalstundenlöhne, Zeitlohnzulagen, Akkorddurchschnittslöhne und Akkordzulagen um 10 v. H. erhöhen.

Im rechtsrheinischen Bezirk hat der Arbeitgeberverband den Tarifvertrag gekündigt, mit dem Antrag auf Abbau der Tariflöhne um 7 Prozent. Eine Begründung ist dem Antrage nicht beigelegt.

In Aachen erhielten am 5. Juni die Textilarbeiterverbände vom Arbeitgeberverband die telephonische Mitteilung, der Schlichter aus Köln komme am nächsten Tage nach Aachen, um die Verhandlungen für die Textilindustrie zu leiten.

In M.-Gladbach war für Dienstag, den 9. Juni, Verhandlung in der Tariffrage vor dem Schlichtungsausschuss anberaumt. Entsprechend den Wünschen der Arbeitgeberverbände entzog der Schlichter aus Köln dem Ausschuss die Streitfrage, so daß die Verhandlung abgefragt werden mußte.

In Krefeld zeigt sich ähnliches. Obgleich der Schlichtungsausschuss schon vor Wochen angesetzt wurde, ist kein Termin anberaumt, da auch hier der Schlichter von Köln sich die Regelung der Angelegenheit vorbehalten hat.

Zur Lohnbewegung in der badischen Textilindustrie.

Große Beunruhigung und Verbitterung herrscht zur Zeit unter der Textilarbeiterschaft von Baden.

Genötigt durch die geringe Entlohnung, haben die Textilarbeiterverbände im Auftrag der organisierten Arbeiter die bestehenden Lohnsätze vom 9. Februar auf 3. Mai gekündigt und zu gleicher Zeit auch neue Forderungen eingereicht.

Die am 21. Mai in Schopfheim und Freiburg stark besuchten Funktionärkonferenzen des christlichen Textilarbeiterverbandes, ebenso die am 26. Mai in Lörrach statt gefundene Sitzung der Lohnkommission der beiden Textilarbeiterverbände haben den Schiedspruch als ungenügend ebenfalls abgelehnt.

Nachfolgende Entscheidung fand in den stattgefundenen Funktionärkonferenzen einstimmige Annahme: Die organisierte Textilarbeiterschaft weist die Unterstellung der Textilarbeitgeber, die Arbeitererschaft wolle keine Lohnhöhung, nur die Gewerkschaftsführer hätten die Forderungen erhoben, mit Entrüstung als unwarhaft zurück.

Gegen die Arbeitszeit- und Lohnpolitik der Textilindustriellen des Bezirks M.-Gladbach.

Am Freitag, den 12. Juni cr., fand im Volksvereinshaus eine Betriebsräte-, Vorstände- und Vertrauensleute-Konferenz statt. Trotz der Ferien, die in M.-Gladbach in der Textilindustrie in dieser Woche gewährt wurden, war die Konferenz sehr gut besucht.

„Die am Freitag, den 12. Juni tagende, gut besuchte Versammlung von Funktionären des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der Arbeitgeberverbände zur Arbeitszeit- und Lohnpolitik. Aus den bisher eingegangenen Berichten ergibt sich ein einheitliches Vorgehen der gesamten Arbeitgeberverbände in der Textilindustrie.

Aus einem Saulus ein Paulus geworden.

Der Name Dr. Klenner ist im Rheinland nicht unbekannt. Der Träger dieses Namens ist Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie in Belbert. Dr. Klenner hat i. J. 1924 durch berechtigtes Aufsehen erregt, weil er mit den Gewerkschaften nichts mehr zu tun haben wollte.

Die Gewerkschaften riefen den staatlichen Schlichtungsausschuss an, der nach wiederholten Sitzungen einen Schiedspruch fällte, welcher einen Rahmentarif vorschlug. Dieser wurde jedoch von den Vertretern Dr. Klenners abgelehnt.

Als die Gewerkschaften hatten die Gewerbegerichte in Einzeltagen zur Entscheidung angefordert, und alle drei Gewerbegerichte erkannten den Zwangstarif als zu Recht bestehend an. Rechtsanwalt Dr. Klenner erlangte jedoch den Standpunkt der Gewerbegerichte nicht an und betonte, er werde bis zur höchsten Gerichtsstelle die Sache antragen.

Als die Gewerkschaften nun Lohnverträge an diesen Industrieverband richteten, erhielten dieselben die Antwort, ihr habe auch an die richtige Adresse gewandt, wir sind tarifunfähig.

war, wurde ein Schlichtungsausschuss gebildet, welcher auch nach sechsstündiger Beratung durch Schiedspruch die Streitfrage regelte. Rechtsanwält Dr. Klenner sah infolge der Tarifunfähigkeit seines Verbandes draußen; er hatte keinen Einfluß, bestimmend in die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzugreifen.

Inzwischen hatten zum 30. April 1925 36 Firmen den Gewerkschaften den Rahmentarif nochmals gekündigt; im Auftrage Dr. Klenners. Die Gewerkschaften erlangten um Verhandlung, es kam keine zustande, worauf dieselben den staatl. Schlichtungsausschuss zur Vermittlung anriefen.

erklärte nun bei einer Verhandlung am 28. April als Bevollmächtigter seiner Gruppe, er sei nunmehr bereit, mit einigen Ausnahmen das Einverständnis, welches mit der ersten Gruppe abgeschlossen sei, anzuerkennen.

Am 30. April teilte er nunmehr den Gewerkschaften mit, daß er alles anerkenne und hat um Unterzeichnung. Die Gewerkschaftsführer waren, da Gewerbegerichtstermin war, nicht in der Lage, das Verhandlungslokal zu verlassen.

Was nun geschah, hätte sich kein Mensch träumen lassen. Rechtsanwalt Dr. Klenner, der alles getan hat, um die Gewerkschaften zu zerstören, erschien in höchst eigener Person und hat die Gewerkschaftsführer, zu unterzeichnen; er habe alles fallen gelassen, so wie es die Gewerkschaften gewünscht hätten.

Die Gewerkschaften leben noch. Tarife sind abgeschlossen, der Arbeitgeberverband steht zerfallen da. Kläglich ist wohl noch nie eine Bewegung zusammengebrochen, wie die von Dr. Klenner geführte.

2. gegen die Tätigkeit der örtlichen Schlichtungsausschüsse.

Dabei scheut man sich nicht, jedes Mittel anzuwenden. Ohne den geringsten Nachweis zu erbringen, werden Behauptungen aufgestellt und Vorwürfe gegen die Gewerkschaften erhoben.

Wir protestieren einmütig gegen eine derartige Arreführung der öffentlichen Meinung und erwarten von den Arbeitgebern, daß sie uns durch Zurechtstellung einer einwandfreien Warenkalkulation und Gewinnberechnungen den Nachweis für ihre Behauptungen erbringen.

Wir glauben hierzu um so mehr berechtigt zu sein, weil die vor kurzem veröffentlichten Abschlüsse der Textil-Aktien-Gesellschaften ganz erhebliche Gewinnüberschüsse zeigen.

Die Textilarbeitererschaft fordert wir auf, die Organisation zu stärken und sich dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands anzuschließen.

Die Wirkung der herabgesetzten Lohnsteuer.

Die für die breiten Massen der Verbraucher und Arbeitnehmer unmittelbar am meisten wirksame Maßnahme ist die vom Reichstage beschlossene Herabsetzung der Lohnsteuer.

Das Steuerüberleitungsgesetz bringt dann noch eine Reihe von Erleichterungen, die nur auf Antrag des einzelnen Steuerpflichtigen beim Finanzamt eintreten.

Der steuerfreie Lohnbetrag beträgt:

Table with 2 columns: Lohnbestandteil, Steuerfrei. Rows include Monatslohn, Wochenlohn, Arbeitsstag, and Stundenlohn.

Danach sind also alle Steuerpflichtigen mit einem Wochenlohn unter M. 18,60 ohne Rücksicht auf den Familienstand steuerfrei.

Die Familienermäßigung

sind von jetzt ab nicht mehr für alle Familienangehörigen gleich hoch. Für die Frau und das erste Kind bleibt es bei der Ermäßigung um je 1 Prozent.

Table showing tax rates for different family situations: ledig, verheiratet, 1 Kind, 2 Kinder, etc.

Für einen Verheirateten mit zwei Kindern

Table showing tax rates for a married person with two children, broken down by monthly income levels.

Entsprechend dieser Ermäßigung ist der Steuersatz für unständigen Arbeiter von 4 auf 2 Prozent herabgesetzt worden.

Die zweite Gruppe der Erleichterungen bei der Lohnsteuer umfasst nachträgliche Ermäßigungen im Wege der Erstattung durch die Finanzämter.

- 1. Die nachträgliche Erleichterung der Steuerlast im Jahre 1924 und
2. Die Erleichterung für das Jahr 1925.

Arbeitslose, Kurzarbeiter usw. erhielten bisher infolge Verdienstausfalles nicht den vollen jährlichen steuerfreien Lohnbetrag gutgebracht.

Einen gleichen Antrag können die Steuerpflichtigen beim Finanzamt stellen, wenn bei ihnen im Kalenderjahr 1924 besondere persönliche oder wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen.

Für das Jahr 1925 gilt dasselbe. Der Erstattungsanspruch infolge Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit usw. weist dabei folgende Besonderheiten auf:

Table showing tax amounts for different months: Jan-Mar, Apr-Jun, Jul-Sep, Oct-Dec.

Wird der Erstattungsantrag erst nach Ablauf des ganzen Jahres gestellt, so ist er zulässig, wenn ein jährlicher steuerfreier Lohnbetrag von 860 M. nicht voll gutgebracht worden ist.

Künftig kommt zu diesen Erstattungsmöglichkeiten noch eine dritte hinzu. Sie ergibt sich aus der komplizierten Neuregelung der Familienermäßigungen.

Wenn ein Arbeitnehmer mit mindestens zwei minderjährigen Kindern mehr als 60 M. wöchentlich (oder 250 M. monatlich) oder 750 M. vierteljährlich oder 3000 M. jährlich verdient, so hat er zwar zunächst grundsätzlich auch für das zweite Kind nur eine Ermäßigung von einem Prozent.

Die vierteljährlichen Einkommen 760 M., davon steuerfrei 240 M., bleiben steuerpflichtig 520 M. Bei 7 Prozent wären davon 36,40 M. Steuer zu erheben.

Da diese Erleichterungen erst durch die komplizierte Neuregelungen der Familienermäßigungen möglich geworden ist, kommt sie für das Jahr 1924 und die beiden ersten Kalendervierteljahre des Jahres 1925 nicht in Frage.

Aus dem Bericht über die Württ. Gewerbe- und Handelsaufsicht.

Das Württembergische Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt hat nach einer Pause von zwei Jahren wiederum einen Bericht über seine Tätigkeit in den Jahren 1923 und 1924 herausgegeben.

Wir geben im nachstehenden zunächst eine gedrängte Uebersicht über die in den Berichten behandelten allgemeinen sozialen Fragen und werden dann im zweiten Teil die für unseren Beruf und für unseren Verband besonders wichtigen Einzelfragen ebenfalls in gedrängter Form unseren Lesern zur Kenntnis bringen.

Ueber die Entwicklung der württembergischen Industrie gibt eine Uebersicht über die in Württemberg vorhandenen Industriebetriebe mit 50 und mehr Arbeitern Aufschluß und zwar im Vergleich des Jahres 1922 mit dem Stand im Jahre 1902.

Die Revisions-tätigkeit war eine sehr umfangreiche und erreichte in den Gewerbebetrieben bis zu 91,8 v. H. der Anlagen.

Am 1. Oktober 1924 wurden in Württemberg 18306 Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und diesen gleichgestellte Anlagen gezählt gegen 17237 Betrieben im Jahre 1922.

Besonders eingehende Mitteilungen macht der Bericht über die Betriebsräte und ihr Wirken. Während der Selbstwertungszeit beschäftigten sich diese vielfach mit der Selbstversorgung der Arbeitnehmer durch Großverkauf von Nahrungsmitteln.

gewordenen Arbeiterentlassungen flaute der Sinn der Arbeitnehmer für die Tätigkeit der Betriebsräte ab, um erst wieder mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage zu wachsen.

Die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen beschränkte sich im Jahre 1923 überwiegend auf die Vereinbarung der Lohnsätze.

Die Neuregelung des Schlichtungswesens brachte für Württemberg und Hohenzollern die Schaffung von fünf Kammern (Schlichtungsausschüssen) und zwar in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Reutlingen und Hechingen.

Bezüglich der Regelung der Arbeitszeit, die durch den Erlass der Verordnung vom 21. 12. 1923 eine neue Entwicklung genommen hat, wird berichtet, daß die durch die Verordnung mögliche tarifliche oder behördliche Regelung in Bezug auf den öffentlich rechtlichen Arbeitnehmer, insbesondere mit der Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer zum Einschreiten wegen Außerachtlassung dieser Rücksichten nicht notwendig geworden sei.

Bezüglich des Arbeitermehrwertes wären die hauptsächlich festgestellten Verfehlungen zu kurz bemessene Pausen und gegen Schluß des Jahres 1924 insbesondere zu lange Arbeitszeit. Bezüglich des Schutzes für jugendliche Arbeiter und Kinder stellt der Bericht fest, daß zahlreiche Zuwiderhandlungen festgestellt wurden.

Bezüglich des Lehrlingswesens wird die Tatsache beklagt, daß schon im Laufe des zweiten und dritten Kriegsjahres viele junge Leute für die unter normalen Verhältnissen die Uebernahme einer Lehrstelle eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, sich dem Kreise der ungelerten Arbeiter zuwenden haben.

Im Handwerk liegen die Verhältnisse in Bezug auf Nachwuchs im allgemeinen nicht so günstig, wie in den Fabrikbetrieben. Die Zahl der in der Heimarbeit Beschäftigten ist gegenüber dem Jahre 1912 um weit mehr als die Hälfte geringer geworden.

In dem Abschnitt über den Schutz der Arbeiter vor Gefahren wird mitgeteilt, daß im Jahre 1923 1929 im Jahre 1924 2706 Unfälle angezeigt wurden, darunter 38 und 64 mit tödlichem Ausgang.

Schon an einer anderen Stelle des Berichtes wird beklagt, daß die Unfallvorschriften meistens auch von den Arbeitern nicht in der nötigen Weise beachtet werden, und daß die Förderung des technischen Unfallsschutzes allen Betriebsleitern, Arbeitervertretungen und Arbeitern ein weit dringenderes Anliegen werden müsse.

Bezüglich des Zustandes der Arbeitsräume und Betriebsseinrichtungen wird geflagt, daß die unsichere und ungünstige Wirtschaftslage in den Berichtsjahren nicht ohne Rückwirkung auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume und der maschinellen Betriebsseinrichtungen war.

Ueber die Kohlenentwicklung macht der Bericht folgende Angaben: In der Metallindustrie wurden bezahlt für Gelernte, Angelernte, Hilfsarbeiter a) im Bezirk Stuttgart im Anfang des Jahres 1924 (Zahlen in Klammern) (50-52) und am Ende des Jahres 74-78, (43-44) 56-60, (38-40) 46-50, b) in den übrigen Bezirken (48-50) 60-70, (41-42) 52-58, (37-38) 44-46.

In der Textilindustrie für Arbeiter über 24 Jahre männliche (33-36) 46-50, weibliche (25-32) 34,5-37,5, hierzu Zulage für Überarbeit der männlichen 7-8, der weiblichen 6-6,5 am Ende des Jahres.

In der Möbelindustrie für über 22 Jahre alte Facharbeiter (45-54) 60-71, Hilfsarbeiter (41-49) 52-62, Hilfsarbeiterinnen (29-35) 38-45, bei den Holzwarenfabriken je 8-10 v. H. weniger.

In der Lederindustrie für über 21 Jahre alte Facharbeiter (43,2-47,4) 62-68, Hilfsarbeiter (41,9-46) 60-66, für Arbeiterinnen über 20 Jahre (28,5-31,1) 41-45.

Im Baugewerbe für über 19 Jahre alte Facharbeiter (Maurer, Zimmerer usw.) (60-73) 60-76, Hilfsarbeiter (45-60) 45-62.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Mai 1925.

Die Beschäftigungslage im Monat Mai weicht wenig von der des Vormonats April ab.

Table showing unemployment statistics for May 1925, including total unemployed members (291) and percentage of unemployed members (8.1%) compared to previous months.

Wir sehen also, daß im Bezug auf Vollarbeitslose fast keine Veränderung eingetreten ist. Die größte Arbeitslosigkeit zeigt noch immer Sachsen.

Die Zahl der von der Kurzarbeit Betroffenen ist etwas gestiegen.

Table showing part-time work statistics for May 1925, including total part-time members (3351) and percentage of part-time members (6.2%) compared to previous months.

Die Auswirkung in den einzelnen Bezirken ist folgende:

Table showing unemployment and part-time work statistics by region, such as Westphalia (1.8% unemployment, 1.8% part-time) and Saxony (2.5% unemployment, 4.0% part-time).

Die Aufstellung zeigt, daß wir allgemein mit der Beschäftigungslage zufrieden sein können. In einzelnen Bezirken jedoch, wie in Sachsen, Schlesien, M.-Schlabbach, Hannover und Aachen wäre eine Besserung in Bezug auf Kurzarbeit sehr zu wünschen.

Die Berichterstattung war diesmal ungenügend. Zwei Sekretariate haben überhaupt nicht gemeldet. Einige andere sehr unvollständig. Ich nehme an, daß dieser Hinweis die Betroffenen veranlassen wird, in Zukunft pünktlich zu melden.

Von der Bedeutung des organisierten Sparverkehrs.

Wenigstens im Lande begegnet man gegenwärtig einer wohlbedachten eifrigen Propaganda zur Anregung und Belebung des Spartriebs. Mehr oder weniger künstlerische oder sinnige Plakate an öffentlichen Plätzen, mehr oder weniger inhaltreiche Zeitungsnotizen und Inserate sollen da für die Hinterlegung der Spargelder bei den kommunalen und Kreis Sparkassen anregen und werben.

So gewinnt aber auch für die weitesten Kreise der Arbeitnehmer die Frage des Sparens und der Geldanlage eine ganz besondere Bedeutung. Zur rechten Zeit hat Siegerwald als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes auch diese Bedeutung klar und deutlich herausgestellt.

Die organisierte Sparkraft

und die organisierte Konsumkraft auf den großen Gedanken umgestellt werden, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger weitgehend in den Mittelbesitz und in die Mitverwaltung der Wirtschaft hineinwachsen.

Berufsständischer Sparverkehr? Wie Industrie und Handel und Gewerbe sich in so starkem Maße der unheimlichen Kräfte der Banken als Geldvermittler bedienen, wie weite Kreise des Mittelstandes, Handwerker, Bauern usw. mittels Genossenschaftsbanken, Darlehenskassen, Kreditvereine ihre Gelder auch ihren besonderen Standesbedürfnissen dienlich machen, so sollen auch die Großen der Arbeitnehmer für deren gesunde Standesbeziehungen mobil gemacht werden.

aus den Gewerkschaftsbetrieben, aus sonstigen wirtschaftlichen Betrieben und Organisationen, Beiträge also, die sehr wohl in die Waagschale fallen; die um so mehr an Bedeutung gewinnen, wenn ganz scharf die Zielsetzung, hineinwachsen in Mitverwaltung und Mitbetrieb der Wirtschaft, ins Auge gefaßt wird.

Der Arbeitnehmer ist es vorbehalten, durch stärkste eigene Mitarbeit und Initiative den größtmöglichen Erfolg zu sichern. An die Stelle der ziel- und planlosigen Zersplitterung und Zergewandung in der Vergangenheit muß eine zielbewußte Zusammenfassung der millionenfachen wirtschaftlichen Einzelkräfte in der Zukunft treten.

Nutze die Zeit!

Die kleinste Sache kauft du gut verrichtet! Die kleinste schlecht. Aus lauter kleinen Dingen besteht der Tag, bestehen alle Tage, besteht das Leben, darum warte nicht mit deiner Weisheit, deiner Redlichkeit, Bis große Dinge mit Feinsinn kommen!

Leopold Schefer.

Ja, nicht nur Sparen, nicht nur das Geld beiseite legen, vielleicht gar in den ominösen Strampf unterbringen. Nein, es kommt auch darauf an,

die Selber gewinnbringend anzulegen,

sie der Wirtschaft zu nutzbringender Verwendung zur Verfügung zu stellen. Früher waren 20 Milliarden Mark Spargelder in der Wirtschaft wirksam. Gemessen an den damaligen Geldverhältnissen immerhin eine nicht unbedeutende Summe. So gilt es auch jetzt, die Sparlust zu beleben, das Vertrauen zur Anlage der Spargelder wieder lebendig zu machen.

Deshalb ist auch lebhaft zu begrüßen, daß unsere Deutsche Volksbank eine Spareinrichtung eingeführt hat, die auch diese kleinen Sparbeiträge zu erfassen geeignet ist, um dieselben großen Zwecken dienstbar zu machen.

Sparhefte und Sparmarken

herausgegeben. Letztere im Werte von 1/2, 1, 3 und 5 Mark. Also auch mit den bescheidensten Mitteln kann den Sparbedürfnisse Rechnung getragen werden. Die Sparmarken werden in den Sparkassen gesammelt, die gefüllten Sparhefte der Volksbank zugeführt und die entsprechenden Beträge den Sparern gutgeschrieben.

So ist also diese für die Arbeitnehmer äußerst wertvolle und nützliche Einrichtung geschaffen. Eine besondere Aufgabe wird es darin erblickt werden müssen, diese Sparhefte

Durchorganisierung in unserem gesamten Gewerkschaftsbetrieb und darüber hinaus die Spareinrichtung in weitgehendstem Maße ihren bedeutsamen Zwecken dienstbar zu machen.

Zentralvorstand und Verbandsauschuß unseres Verbandes haben in einer gemeinsamen Sitzung am 16. und 17. Mai beschlossen, daß

- 1. unverzüglich auf allen Sekretariaten unseres Verbandes Annahmestellen für den Sparverkehr mit der Deutschen Volksbank A.G. einzurichten sind, 2. nach Möglichkeit in allen mittleren und größeren Ortsgruppen, wo vertrauenswürdige Leiter zu gewinnen sind, gleichfalls Annahmestellen eingerichtet werden, 3. der Sparverkehr aller von unserem Verbandsverbande oder auf seine Verantwortung hin errichteten Annahmestellen nur über die Filiale Düsseldorf der Deutschen Volksbank A.G. geleitet werden soll.

Alles für den Sparverkehr erforderliche Material ist den Geschäftsstellen unseres Verbandes im ganzen Reich zugegangen. In der Geschäftsverweisung wird den Leitern der Annahmestellen vor allem strengstes Stillschweigen über die Guthaben der Sparer zur Pflicht gemacht. Die Spargelder müssen vollständig getrennt von den Verbandsgehältern verwahrt und aufbewahrt werden.

Unsere Geld unserer Bank für unsere Zwecke!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Döhrup, Felix Hoogstool f. „Ach, sie haben einen guten Mann begraben.“ Blödig und unerwartet schied am Freitag, den 5. Juni infolge Blutsturzes unser lieber alter Kollege und Mitbegründer unserer Ortsgruppe, Felix Hoogstool aus diesem irdischen Leben.

Besondere Bekanntmachungen.

Abrechnung der Ortsgruppen.

Mit dem 27. Juni endet die letzte Quartalswoche. Die Abrechnungen sind alsdann sofort vorzunehmen und schnellstens fertigzustellen. Innerhalb zwei Wochen nach Quartalschluß, das ist bis spätestens Samstag, den 11. Juli, müssen alle Abrechnungen bei der Zentrale eingegangen sein.

Der Zentralvorstand Heinrich Schaffrath, Kassierer.

Briefkasten der Schriftleitung.

W. F. Forst (Rauß): Ein ganz unbrauchbarer Bericht, der nichts Bestimmtes besagt, kann nicht umgearbeitet werden. Erst recht nicht von einem, dem die örtlichen Verhältnisse völlig fremd sind.

J. R. M.-Schlabbach: Du kennst den Inhalt unserer Verbandsabrechnung nicht. Rechtsschutz kann der Verband nur in Fällen gewähren, die sich aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis ergeben.

R. P. Rheine: Beruhige dich. Auch die Kommunisten stoßen nur mit Wasser. Deine Art, diesen Leuten gegenüberzutreten, ist aber grundsätzlich nicht die irreführenden und bedrückten Massen dürfen wir belämpfen, sondern nur ihre falsche Lehre. Bergiß nicht, daß manche Standesangehörige dieser Bewegung aus Idealismus dienen.

B. G. Brandt h. Markredwitz: In deiner persönlichen Angelegenheit kann dir im Briefkasten nicht Auskunft gegeben werden. Frage das zuständige Sekretariat in Bamberg, Osthaus Klosterhof, Marktplatz 8.

† Sterbetafel. †

Heim. Albert, Emsdetten, 74 Jahre. - A. Priesel, Sibau, 69 J. - Franz Fröhlich, Reustadt, 52 J. - Engelbert Koff, Rheine, 74 J. - Peter Delaroh, Dilkrath, 65 J. - Wilhelm Rofal, Hays, 68 J. - Wilhelm Küpper, Suenheim, 70 J. - Gerhard Kerthoff, Auer, 30 J. - Sales Haberstroh, Waldkirch, 61 J. - Peter Huber, Murg, 60 J. - Josef Dießl, Kaufbeuren, 52 J.

Ruhe in Frieden

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Unsere Bewegung und der Staat. - Sturmzeichen drohender Lohn- und Arbeitskämpfe in der deutschen Textilindustrie. - Die Wirkung der herabgesetzten Lohnsteuer. - Aus dem Bericht über die Wirtl. Gewerbe- und Handelsausficht. - Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Mai 1925. - Von der Bedeutung des organisierten Sparverkehrs. - Feuilleton: Von einem Saule in Paris geworden. - Berichte aus den Ortsgruppen: Döhrup. - Besondere Bekanntmachungen. - Briefkasten der Schriftleitung. - Sterbetafel.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lauenburgerstr. 33.